

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 9. 32. Jahrg.

28. Febr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88¹. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung in Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Die Arbeiterräte und die Gewerkschaften. Rundschau. Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — **Allgemeines.** Ortsberichte: Düsseldorf, Hamburg, Reichenbach im Vogl. — **Die photomechanischen Fächer;** Ortsberichte: Leipzig, Chemigraphen. — **Der photographische Mitarbeiter:** Auch bei den Photographen geht es vorwärts. — **Graphische Technik:** Schreib-, Zeichen- und Malgeräte für Kriegsbeschädigte. I. — Briefkasten der Redaktion. — **Anzeigen.**

Die Arbeiterräte und die Gewerkschaften.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Organisationen, die mit wichtigen Machtbefugnissen ausgestattet sind, nur ungerne und schwer von ihrer Tätigkeit zurücktreten. Der Streik um die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte ist dafür ein Beispiel. Aber der Zustand ist unhaltbar geworden, daß die aus der revolutionären Neugestaltung emporkommenden Arbeiterräte neben oder über der eigentlichen politischen Vertretung des Volkes bestehen können. Es wird zwar nicht zu fordern sein, daß die Soldatenräte aufgehoben werden, es handelt sich nur darum, ihre Tätigkeit auf das Beschwerderecht, die Kontrolle der Verpflegung und die Regelung der Disziplinarergewalt zu begrenzen, dagegen ihre politischen Befugnisse aufzuheben. An einer Stelle nur kann die politische Machtbefugnis befestigt werden, und deshalb hat auch die unabhängige Sozialdemokratie und die Partei der Spartakisten die Einberufung einer Vertretung durch allgemeine Wahlen bekämpft und die politische Vertretung in den Arbeiter- und Soldatenräten als maßgebende erachtet. Die Sozialdemokratie kann sich auf diesen Standpunkt nicht stellen, weil sie den demokratischen Grundsatz rein zur Geltung bringen will; daß heißt eine Anteilnahme des ganzen Volkes an der Gestaltung der politischen Neuordnung verflücht. Es steht wohl auch zu hoffen, daß sehr bald in der Arbeiterschaft dieser allein richtige Rechtsstandpunkt allgemeine Anerkennung findet.

Nicht minder unliebsame Differenzen haben sich in letzter Zeit über die Stellung der Arbeiterräte zu den Gewerkschaften ergeben. Hier wird es notwendig sein, zunächst Klarheit über die bisherigen Befugnisse der Arbeiter- und der Betriebsräte zu schaffen. Die Arbeiterräte halten, wie schon erwähnt, bis zur Konstituierung der Nationalversammlung mit den Soldatenräten rein politische Aufgaben zu erfüllen. Neben diesen Arbeiter- und Soldatenräten treten nun die in den einzelnen Betrieben gewählten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in Funktion. Durch eine Verordnung der Reichsregierung ist für jeden Betrieb mit 20 oder mehr Beschäftigten die Wahl eines Betriebsrates vorgesehen, der die Interessen der Arbeiter des Betriebes gegenüber dem Unternehmer zu vertreten hat. Diese Vertretung sollte die Stellung der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse einnehmen, aber mit erweiterten Machtbefugnissen, wie sie insbesondere in der Verordnung vom 24. Dezember 1918 vorgesehen waren.

Damit ergab sich eine ganz klare Abgrenzung in dem Aufgabenkreis der beiden Arbeitervertretungen, die nicht selten mit ihrer ähnhlich lautenden Bezeichnung verwechselt wurden.

In neuer Zeit ist nun die spartakistische Richtung, vielfach unterstützt auch durch die Unabhängigen, dazu übergegangen die politischen Arbeiterräte mit den wirtschaftlichen Aufgaben zu betrauen. Eine Forderung, die Gewerkschaften auszuschalten und dies schließlich in eine offene Frontstellung gegen die Gewerkschaften ausartete. Wollen die Gewerkschaften nicht restlos an diesen Bestrebungen vorübergehen, so müssen sie hiergegen den Kampf aufnehmen. Die Gewerkschaft muß auch unter den neuen politischen Verhältnissen die anerkannte Interessenvertretung der Arbeiter bleiben, sie muß die Regelung der Arbeitsverhältnisse des gesamten Berufs, nicht nur des einzelnen Betriebes in der Hand haben. Unsere Erkenntnis auf volkswirtschaftlichem Gebiete widerstrebt dem, daß Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit dem einzelnen Betriebsunternehmer geordnet werden, denn wir wollen auf möglichst breiter Grundlage für den gesamten Beruf die Regelung des Arbeitsverhältnisses vornehmen, dafür bot die ersprießliche praktische Arbeit der Gewerkschaften den besten Beweis.

Die Verordnung der Regierung vom 24. Januar dieses Jahres paßt sich ganz dem an, indem sie dem Tarifvertrag eine weitere Rechtsgrundlage gab, für den Abschluß solcher Verträge Erleichterungen schuf und die Ausdehnung der Tarife da anordnet, wo ein erheblicher Teil der Berufsangehörigen sich durch den Tarif gebunden hat. In dieser Verordnung und in Ergänzung auch in anderen sind nun den Betriebsräten bestimmte Aufgaben überwiesen, die leider noch wenig bekannt sind. Es heißt in der Verordnung:

»Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen. Sie haben in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber darüber zu wachen, daß in dem Unternehmen die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden.«

Dagegen haben die Gewerkschaften nichts einzuwenden, im Gegenteil sie wünschen diese Überwachung. Anders verhält es sich, wenn die Arbeiter- oder Betriebsräte eine Lohnbewegung einleiten ohne Verbindung mit den Gewerkschaften. Hier sind ihre Befugnisse beschränkt. Die Verordnung enthält hierüber folgende Anweisung:

»Soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, haben die Ausschüsse oder Vertretungen im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter oder der Angestellten bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken.«

Natürlich haben die Ausschüsse auch sonst über alle Beschwerden der Arbeiter oder Angestellten mit dem Unternehmer zu verhandeln und ist die Abstellung nicht zu erreichen, dann ist die Gewerkschaft mit der weiteren Vertretung zu beauftragen. Weiter sollen die Ausschüsse nach dem Wortlaut der Verord-

nung ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren richten, die Gewerbeaufsichtsbeamten oder andere in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft unterstützen.

Die Bestimmung der Verordnung, daß die vor Ausbruch des Krieges im Betrieb beschäftigten Angestellten tunlichst wieder in gleicher Weise zu beschäftigen sind wie vorher, wird vielfach nicht ohne Entlassung der bisher Beschäftigten zu erreichen sein. In dem Fall ist die Entlassung im Benehmen mit dem Angestelltenausschuß vorzunehmen. Große Betriebe sollen mindestens auf 100 Beschäftigte einen Kriegsbeschädigten einstellen, der um 50 Proz. und mehr in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist. Die Entlassung dieser Schwerbeschädigten darf nur nach Anhören des Arbeitersausschusses erfolgen.

In diesem Rahmen ist für den Arbeiter- und Angestelltenausschuß ein großes Betätigungsfeld gegeben. Aber es ist nicht möglich, darüber hinaus in die organisatorische oder geschäftliche Disposition des Unternehmens einzugreifen, das wäre unvereinbar mit einer geregelten Produktion. Auch eine sozialistische Gesellschaft kann nicht dem Arbeiter, Angestellten oder Beamten eines Betriebes die vollständige Leitung und Führung des Betriebes überlassen, sie kann nur allgemein gültige Normen schaffen über die Arbeitsbedingungen; die Leitung selbst muß bis zu einer gewissen Grenze eine ungehinderte Beweglichkeit haben, sie muß den geeigneten Mann am rechten Platz stellen und in ihren geschäftlichen Dispositionen frei sein.

Es werden also die Gewerkschaften sich nicht gegen die hier geschilderte Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wenden, die Mitarbeit ist nur erwünscht. Nicht aber darf ein Durcheinander einreißen, so daß bald die mit politischen Aufgaben betrauten Arbeiterräte, dann wieder die Vertreter der Betriebsausschüsse die Leitung von wilden Streiks in die Hand nehmen, das lähmt jeden Einfluß der Arbeiterbewegung.

Am wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands sind wir alle interessiert, davon hängt nicht zuletzt das Wohl der Arbeiterklasse ab; was im Augenblick für den Einzelnen als ein Erfolg erscheint, ist in seiner weiteren Wirkung ein schwerer Schaden für die Gesamtheit. Wenn je zu einer Zeit, so darf jetzt nicht der Vorteil des Einzelnen die Richtschnur des Handelns sein, vielmehr gilt es die Kräfte zu entfalten, die dem großen Ganzen dienen.

Rob. Schmidt.

Rundschau.

Vor dem Reichsarbeitsamt werden nun die Lohnstreitigkeiten der Buchbinder unter Leitung eines Beamten des Reichsarbeitsamtes zur Entscheidung kommen.

Über starke Mitgliederzunahme im Buchbinderverband berichtet die Buchbinderzeitung. Die Mitgliederzahl stand 1913 auf 33 377, fiel dann bis 1916 auf 16 652 und ist von da an allmählich, seit der Revolution sprunghaft auf rund 41 000 gewachsen.

Geschäftsberichte: Nach einem Bericht der Königschen Zeitung beabsichtigt die Firma Hermann Schött A.-G. in Rheydt 8 bis 9 v. H. Dividende zu

verteilen. Die gegenwärtige Geschäftslage sei nicht günstig, da die Gesellschaft in ihren Friedens-erzeugnissen verhältnismäßig wenig zu tun hat. — Bei der Berlin-Neuroder Kunststalten A.-G. in Berlin weist die Halbjahresbilanz ein zufriedenstellendes Ergebnis aus. Die Fabriken seien zurzeit noch mit der Erledigung früher erteilter Aufträge beschäftigt, doch gehen in den letztabge-laufenen drei Monaten Aufträge sehr schwach ein und bleiben hinter dem Durchschnitt früherer Zeiten wesentlich zurück.

Abgabe von Eisenbahnmateriale an die Entente. Bis zum 11. Februar sind bisher 4134 Lokomotiven und 136 398 Wagen abgegeben worden. Angeboten waren jedoch 10 279 Lokomotiven und 216 000 Wagen. Die nichtabgenommenen Wagen und Lokomotiven können nun erst wieder dem Verkehr zugeführt werden, dem sie solange entzogen waren. Abzugeben sind noch 860 Lokomotiven und 13—14 000 Wagen. Schon aus diesen wenigen Zahlenangaben ergibt sich die furchtbare Verkehrsschwierigkeit in Deutschland. An eine Besserung wird noch auf längere Zeit hinaus kaum zu denken sein.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich infolge des zunehmenden Kohlenmangels und der Verkehrsnot weiter verschlechtert. Freilich stellt es sich auch mehr und mehr heraus, daß es nicht leicht ist, die städtischen Industriearbeiter im Bergbau und in der Landwirtschaft unterzubringen. Unzureichende Wohnungsgelegenheiten, bedeutende Lohnunterschiede und nicht zuletzt der Widerstand der Arbeitgeber gegen die ihnen politisch un- bequemen Elemente tragen die eigentliche Schuld. Infolge des Kohlenmangels ist neben der Munition- industrie auch die Metallverarbeitende- und die Maschinenindustrie, die Chemische- und Papier- industrie, ferner das Holz-, Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe, die Textilindustrie und ihre ver- wandten Gewerbe zu größeren Arbeiterentlassungen gezwungen. Nur in der Bekleidungsindustrie, z. T. auch in der Holzindustrie, ist eine mittelmäßige Beschäftigung vorhanden.

Die Ursache der Kohlennot hat nun auch der Vertreter der deutschen Schwerindustrie, Dr. Voegler, in einer Rede in der Nationalversammlung erläutert. Er kam dabei zu demselben Resultat, wie es von uns kürzlich in einer Erklärung des Deutschen Bergarbeiterverbandes wiedergegeben wurde. Dr. Voegler sagte: »Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks, sondern in erster Linie die Folge davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. Heute liegen allein im Ruhrrevier zwei Millionen Tonnen Kohlen auf den Zechen, die nicht abgefahren werden können, und Tausende von Arbeitswilligen müssen feiern, weil man ihnen keine Arbeit geben kann. — — —

Die Mittel zur Rettung schildert eine Ver- öffentlichung des Demobilisierungsamts, die wir im Auszuge wiedergeben: Im Kriege war eine riesen- hafte Umschichtung der Arbeitskräfte erfolgt; von überall her wurden Arbeiter in die wenigen großen Zentren gezogen, in denen die Kriegsindustrie immer mehr ausgedehnt wurde, um den unge- heuren Materialansprüchen des Feldzugs genügen zu können. Heute wo die Kriegsmaterialprodu- ktion stillsteht, ist für den größten Teil dieser zu- gewanderten Arbeitskräfte keine Beschäftigung mehr vorhanden; aber sie bleiben gehäuft in den Kriegsindustriestädten sitzen und verzehren hier, ohne zu schaffen. So sinken wir immer tiefer in Armut; in einer Zeit, in der jeder das Äußerste leisten müßte, um unsern Gütervorrat zu mehren und unsere Wirtschaft wieder leistungsfähig zu machen, gehen Hunderttausende müßig. Im Aus- lande gilt die Mark schon heute knapp 50 Pfg., nach einige Monate einer Entwicklung, wie wir sie bisher erlebt haben, und sie wird auf einem Tief- stand angelangt sein, der für unsern Kredit im Auslande und für die Wiederaufnahme weltwirts- schaftlicher Beziehungen geradezu verhängnisvoll sein muß. Inzwischen gerät selbst unsere aller- dringendste, allerpolitivste Bedarfsbefriedigung in Gefahr. Während sich in den Großstädten die Arbeitslosen drängen, fehlen auf dem Lande 1—1½ Millionen Arbeitskräfte. Gelingt es uns nicht, das Land wieder einigermaßen mit Menschen zu füllen, dann können wir im nächsten Herbst nicht auf eine Ernte hoffen, die uns nährt. Die Förderung der Kohlenbergwerke ist so gesunken, daß von einer regelmäßigen und ausreichenden Belieferung der Industrie mit ihrem wichtigsten Grundstoff keine Rede mehr sein kann; sie reicht kaum mehr für die Aufrechterhaltung des not- wendigsten Verkehrs und für die Zufuhr des un- entbehrlichen Minimums an Licht und Wärme nach den Städten. Es ist bisher nicht gelungen, den Kohlenbergwerke die erforderlichen Arbeitskräfte zuzuführen — selbst nicht im Tagebau der Braun- kohlenwerke, die wenige Stunden von Berlin, dem größten Zentrum der Arbeitslosigkeit, liegen. Nur klare Erkenntnis der Lage in Verbindung mit gesteigertem Verantwortungsgefühl und ge- sellschaftlich-solidarischem Geist kann uns retten. Die Mittel zur Rettung lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen: 1. Abzug der Arbeitslosen aus den Städten und damit die Entlastung der Städte für den Verkehr. 2. Zu-

wanderung auf das flache Land, dem 1—1½ Milli- onen Arbeitskräfte fehlen. 3. Zuwanderung in den Bergbau, denn Kohle ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Daseins. 4. Gesteigerter Arbeits- wille, denn ohne ihn sinken wir sozialwirtschaft- lich und politisch in grauenhaftes Elend. 5. Vernünftige Bewegung der Lohnforderungen, ohne die die Geldentwertung immer krassere Dimensionen annimmt.

Eine Revision der Reichsversicherungs- ordnung enthält die Verordnung vom 5. Febr. d. Js. betr. die Wahl des Vorstandsvorsitzenden bei den Ortskrankenkassen und die Kassen- angestellten. Sie beseitigt die Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die im Jahre 1910 vorgenommen wurden, um der angeblichen Herrschaft der Sozialdemokratie einen Kiegel vor- zuschieben, indem sie bestimmt, daß die Vorstands- mitglieder den Vorsitzenden und seinen Stellver- treter aus ihrer Mitte wählen und daß der Vor- stand die aus Mitteln der Kasse bezahlten Ange- stellten beruft.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin).

Aus den einleitenden Mitteilungen und Be- schlüssen sei hervorgehoben: Für die besetzten linksrheinischen Gebiete soll versucht werden, auf dem Weg über bestimmte Sammelstellen den Gewerkschaftsblättern Eingang zu verschaffen. Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden 4 Ver- treter der Gewerkschaften zu den Friedensver- handlungen zugezogen werden. Das an die Leeder und Berner Beschlüsse sich anlehnende sozial- politische Regierungsprogramm ist unterdes in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und im »Reichs- anzeiger« (Nr. 27 vom 1. Februar 1919) veröffent- licht worden.

In der Deutschen Liga für den Völkerbund hat Legien den Vorsitz für die sozialpolitische Abteilung übernommen.

Am 8. März soll eine internationale Gewerk- schaftskonferenz in Amsterdam stattfinden. Daran wird festgehalten, auch als am zweiten Tag ein Telegramm aus den Kreisen der Internationalen in Bern den sofortigen Zusammentritt dringend empfiehlt.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung »Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit« bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschalt- ung und Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl von Ortsverwaltungen durch fremde Ein- griffe erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Räte- system sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation, ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges und mache, ent- gegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Ein- tretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf: jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Räte- system liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Or- ganisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar. Vielleicht empfehle es sich, präziser als in dem Regierungsentwurf die wesentlichen ge- werkschaftlichen Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Erörterung bewegte sich fast durchgehend in gleicher Richtung, im Baugewerbe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten aus- gerüstete Arbeiterausschüsse, mit denen die Be- triebsräte ungefähr zusammenfallen könnten, ab, weil die in enger Fühlung mit den Gewerk- schaften stehenden Baustellendelegierten vorzu- ziehen seien. Von anderer Seite wurde die Schwierig- keit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerk- schaften nutzbar zu machen. Meist kam auch die Meinung zum Ausdruck, daß mit der Rückkehr normaler Zustände das Räte- system seine Bedeu- tung ganz von selber verlieren werde. Der Ver- treter des Metallarbeiterverbandes warnte gleich- falls vor Überschätzung der enttäuschenden Er- fahrungen. Diese seien auf Einzelgebiete be- schränkt, im großen ganzen sei jedoch auch heute noch immer ein guter gewerkschaftlicher Geist festzustellen.

Im Stein- und Druckgewerbe, das zu 2/3 auf den Ex- port angewiesen ist, sind durch die wilden Lohn- treiberen einzelner Arbeitergruppen recht schwe- rige Verhältnisse entstanden. Durch die Ver- fägungen der Arbeiterräte in den einzelnen Städten wurden die getroffenen Abmadungen über die Wiedereinstellung der Krieger illusorisch gemacht.

Von einer Beschlußfassung sah man ab, doch soll die Gewerkschaftspresse aufmerkamer die Tätigkeit der Arbeiterräte verfolgen.

Beim Punkt »Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten« schilderte Sassenbach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation, die bereits ein Bureau von 1200 Köpfen beansprucht. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehülle nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte

über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Speziell für die Ruhrbergleute wies der Vertreter der Bergarbeiter auf das Ansammeln immer größerer Lagerverräte hin, das allein schon die maßlosen Klagen über die allgemeine Arbeits- unlust widerlege. In Oberschlesien und im Halle- schen Braunkohlenrevier sei allerdings die Sachlage wesentlich bedenklicher infolge nationalistischer und spartakistischer Einflüsse. Immerhin wurde all- seilig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert, und der neuen Ver- ordnung über Erwerbslosenfürsorge Berechtigung zuerkannt. Die Frage Legiens, wie sich die Ge- werkschaften hinsichtlich der von ihnen gewährten Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Bezieher von Erwerbslosenunter- stützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen — ebenso, als später die Beitragspflicht der im Sicherheitsdienst oder Grenzschutz tätigen Mitglieder angeschnitten wird.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeits- gemeinschaft. Die bisherigen, nicht geringen Kosten sind von der Seite der Unternehmer vorschuß- weise verauslagt worden; die Gewerkschaften müssen nun ihrerseits an ihren Beitragsteil denken. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmerkreise den allgemeinen wirtschaftspolitischen Tätigkeitskreis, also auch die Mitkontrolle der Gewerkschaften hierbei, zu weit- gehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammerfrage in der Versenkung ver- schwinden lassen, weil das paritätische Zusammen- wirken in der Arbeitsgemeinschaft das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschafts- vertreter stets betont, daß sie auf den öffent- lichen Boden, den sie durch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten wollen und können. An die Stelle Schliedes, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, wurde Cohen-Berlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz folgende Ent- schließung an: Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener. Die Konferenz der Vorstandsvorsteher erhebt im Namen der gewerk- schaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands Einspruch dagegen, daß nach Abschluß des Waffen- stillstandsvertrages, entgegen allen Grundsätzen des Völkerrechts die deutschen Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, während von Deutschland die Kriegsgefangenen restlos ausgeliefert sind.

Sie protestiert insbesondere gegen die von der französischen Regierung beschlossene Verwendung der Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Kon- ferenz ersucht die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und ihren Einfluß zur Aufhebung dieser unge- heuerlichen Maßnahme geltend zu machen. —

Der nächste Gewerkschaftskongress soll am 30. Juni in Nürnberg stattfinden. Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Ge- werkschaften und die Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften ausarbeiten soll; auch die Sozialisierungsfrage soll von ihr behan- delt werden.

Allgemeines.

Teil tut die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Düsseldorf. Allgemeine Generalversammlung am 6. Februar 1919. 1. Bericht über das verflossene Jahr. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Anwesend waren fast alle Kollegen, mit Ausnahme derjenigen, welche durch die Ab- sperrung Oberkassels verhindert waren. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß die Tätigkeit der Verwaltung während des verflossenen Jahres keine leichte war.

Dem Kassenbericht zufolge stellt sich der Mit- gliederbestand auf 89 Kollegen. Die Lokalkasse hatte im IV. Quartal 1918 420 Mk. Unterstützungen gewährt.

Nach der Vorstandswahl entspann sich eine leb- hafte Debatte über die Schreibweise der »Graph. Presse«, wogegen ganz energisch protestiert wurde. Die vorhandene Stimmung und Meinung wurde in nächstehender einstimmig angenommenen Reso- lution zum Ausdruck gebracht:

»Die am 6. Februar 1919 stattgefundenen Gene- ralversammlung der Zahlstelle Düsseldorf protestiert auf das entschiedenste gegen die Schreibweise der »Graphischen Presse«. Wir verlangen, daß unsere Presse die Interessen des Proletariats und nicht die des Ausbeuterums vertritt, sich also auf den Boden des Klassenkampfes stelle!«

Hamburg. Allgemeine Versammlung. Am 12. Februar fand unsere, infolge der Verkehrsschwierig- keiten, die durch den Streik der Hoch- und Straßen- bahnaangestellten hervorgerufen sind, leider nur mäßig besuchte Monatsversammlung statt. Es haben

sich in unserer Zahlstelle, als Erfolg der regen Agitation, in diesem Monat 55 männliche und 26 weibliche Mitglieder, und zwar hauptsächlich Porträt-photographen, in unseren Verband aufnehmen lassen. Wir können, da jetzt bei uns schon reichlich 100 Kolleginnen und Kollegen dieser Berufsgruppe organisiert sind, die erfreuliche Tatsache feststellen, daß auch im Photographengewerbe der Organisationsgedanke marschiert. Es soll mit den Prinzipalen ein Tarif abgeschlossen werden, der sich in seinen Grundzügen dem im Lithographen- und Steindruckgewerbe vorgelegten anpaßt. Hoffen wir, daß unsere Bemühungen zu einem guten Resultate führen.

Es wurde sodann in der Versammlung nochmals gründlich Stellung genommen zu dem Verkalten unseres Vertreters in der Hamburger A.- und S.-Rat. Es wurde verlangt, da wir uns mit der Haltung desselben, sowohl den Gewerkschaften, als auch der Regierung gegenüber nicht einverstanden erklären können, ihn nicht wieder aufzustellen, sondern zu der demnächst stattfindenden Neuwahl des A.- und S.-Rates, an seiner Stelle einen anderen Kollegen in Vorschlag zu bringen.

Eine sehr aufregende Debatte rief der Leitartikel in Nr. 5 der »Graphischen Presse« hervor, in welchem der Redakteur unsere berechtigten Lohnforderungen als ins »schwarze gehend« bezeichnet. Es ist allen Kollegen verständlich, wie derselbe, speziell unserer Zahlstelle gegenüber, solche Haltung einnehmen kann. Wenn unsere Forderungen, in der jetzigen Zeit, als zu hoch betrachtet werden, so können wir das einfach nicht begreifen. Unser Redakteur sollte wissen, daß gerade in unserem Gewerbe die Löhne am aller-niedrigsten sind, und daß es wohl ein Unterschied ist, ob man am Schluß der Woche 70 Mk. oder das Doppelte erhält, wenn auch nur in »Papierfetzen«. Daß ein Abbau der Löhne, sowohl wie Lebensmittelpreise unbedingt erforderlich ist, wissen wir auch, aber da sollen erst mal dieselben für Gebrauchsartikel wie Lebensmittel billiger werden, dann fallen auch die »hohen Löhne« in allen Berufen, hoffentlich in unserm zu allerletzt, denn was wir in dieser Zeit anderen Gewerben und ungelerten Arbeitern gegenüber verdienen, sind doch nur »Hungerlöhne«. Es wurde dann noch beschlossen, daß eine ausführliche Erwiderung gegen den Artikel geschrieben werden soll, welche möglichst bald in der »Presse« veröffentlicht werden muß. (Siehe den Artikel: »Der tarifliche Mindestlohn« in Nr. 8 der »Graphischen Presse«. Die Redaktion.)

Nachdem dann noch einige lokale Angelegenheiten eingehend erörtert waren, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Reichenbach i. Vogtl. In unserer Versammlung am 14. Februar kam zuerst die neuerlich beliebte Schreibweise der »Graphischen Presse« zur Sprache. Ganz besonders konnten die Sprecher kaum Maß halten in der Verurteilung des Leitartikels in Nr. 5: »Wie man das Pferd am Schwanz aufzäumt.« Einer so unwürdigen Schreibweise habe sich trotz der Berufung auf einen ähnlichen Artikel in der Dachdeckerzeitung mit der Überschrift: »Eine falsche Rechnung« (Nr. 62 der Graphischen Presse) kaum ein Fachblatt der Arbeiterschaft je schuldig gemacht. Als Tatsachen, die vom Redakteur nicht bestritten werden können, wurde folgendes festgestellt: Vor etwa 17 Jahren bekam ein hiesiger Kollege Mk. 30.— Wochenlohn, für damalige Verhältnisse eine zureichende Bezahlung; denn davon konnte aufgewendet werden: 2 Pfd. Brot, 7 Liter Milch, 28 Zellen Semmeln, 1 Pfd. Butter, 3 Pfd. Fleisch wöchentlich eingeschlossen, im Ganzen ein Wirtschaftsgeld von Mk. 17,60, Mk. 3,65 Miete, Mk. 1,65 Steuern, Mk. 1,70 für Heizung — zusammen also Mk. 24,50. Die übrigenbleibenden Mk. 5,50 blieben für Verbandssteuer, Bestreitung kleiner Ausgaben an den Sonntagmorgens, Rücklage für Nothfälle. Damals kostete eine Wohnung hier, bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Vorsaal, Zubehör Mk. 190 einschl. Wassergeld, 1 Zentner Kohlen 85 Pfg., 1000 Briketts Mk. 6.— einschl. Anfuhr. Derselbe Kollege hatte einige Jahre vor dem Kriege Mk. 39.— Wochenlohn. In den Jahren 1904—1906 waren erstmalig wegen Krankheit in der Familie die Ersparnisse völlig aufgebraucht. Im Sommer 1914 waren sie wieder auf etwa Mk. 800.— angewachsen, weil die Lohnsteigerung einigermaßen Schritt gehalten hatte mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Vom August 1914 bis März 1915 waren wegen Arbeitslosigkeit auch diese Rücklagen verschwunden, die Kleidung verbraucht, der Körper unterernährt. Erst 1917 bei einer Nachmusterung kam die Einstellungsins Heer. Eine Lohnaufbesserung konnte wegen Mangels an Aufträgen nicht erfolgen. Heute trägt der Mann seinen Entlassungsantrag, weil er sonst in Feizen laufen müßte. Für dieselbe Wohnung von 1902 zahlt er Mk. 280, 1 Zentner Kohlen kostet Mk. 4,30 ohne Anfuhr, 1 Zentner Briketts Mk. 2,90, 1 Pfd. Brot 24 Pfg. (gegen 8 Pfg. zu Jahrhundertbeginn), 1 Pfd. Fleisch Mk. 2,30 (60—70 Pfg.), 1 Pfd. Butter Mk. 5,60 (Mk. 1,40), 1 Liter Milch 48 Pfg. (18 Pfg.), 1 Zentner Kartoffeln Mk. 12.— (2,20—2,30 Mk.). Nun ist der Lohn heute etwa doppelt so hoch, wie zu Jahrhundertbeginn, etwa 50% höher als 1914. Die Preise für Lebensmittel sind drei-, vier- und fünfmal höher! Und der Redakteur eines Arbeiter-

blattes ermahnt seine Kollegen zum Maßhalten im Fördern! Und die bürgerliche Tagespresse bringt solch einen Artikel im Ganzen oder auszugweise und haut ihn, mit den üblichen Schwänzen behangen, vor Beaggen schmatzend, den Arbeitern um die Ohren. Solch ein Redakteur hat seinen Beruf verfehlt. Hier gehen die verheirateten Kollegen mit Löhnen von 42—50 Mk. nach Hause, d. h. wenn Arbeit da ist. Der Höchstlohn ist Mk. 65.— Dann kommen 60, 58, 57, 55 Mk. Und von jedem nur einer. Die Friseur, die außerdem noch Trinkgelder bekommen, haben einen Lohn von mindestens 50 Mk. garantiert bekommen. Die Eisenbahnwerkstättenarbeiter ein Jahresgehalt von 10 000 Mk. (zehntausend). Ein Unterkommen in anderen Berufen ist so gut wie unmöglich. Überall ist ein Überangebot. Da lernt man Leute begreifen, die, wie jener Soldat, der nach Berlin fuhr, um sich auf Seiten des Spartakusbundes an den Straßenkämpfen zu beteiligen, auf die Frage nach dem Grunde hierzu antwortete: »Wir haben nichts, weder Verdienst, noch Aussicht, welchen zu bekommen. Wir haben uns draußen in Dreck und Not herumgeschlagen. Wir wollen alles kaputt haben und wenn wir selber drauf gehen!« — Schließlich wurde beschlossen, einen Versammlungsbericht abzufassen und an die »Graphische Presse« einzusenden. Scharf gerügt wurde, daß wiederholt auf Zuschriften an die Gauleitung in Leipzig und den Hauptvorstand keine Antworten eingegangen sind. Zuletzt wurden für die einzelnen Firmen Geschäftsausschüsse gewählt und ein gemütliches Beisammensein mit den Buchdruckern beschlossen. Damit fand die von 22 Kollegen besuchte Versammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende.

Nachwort der Redaktion. Wir können auch die Reichenbacher Kollegen nur auf unsere Ausführungen in Nr. 8 der »Graphischen Presse« verweisen, vielleicht auch auf unsere Antwort auf den Versammlungsbericht der Leipziger Chemigraphen in heutiger Nummer.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigr. In der Versammlung vom 3. Februar berichtete der Kollege Majunke über die letzte Tarifratsitzung vom 24. Januar 1919, die sich mit der Regelung der Teuerungszulagen zu beschäftigen hatte. Doch auch hier konnte nichts mehr herausgeholt werden. Die Angelegenheit wurde vielmehr der am 19. Februar zusammen tretenden Tarifausschußsitzung überwiesen. (Vertrag auf den 25. und 26. Februar. D. Red.) Der Prinzipalsvertreter Leipzigs war auch im guten nicht zu bewegen, die Zulagen im Sinne des Tarifausschusses zur Auszahlung bringen zu lassen. Die Unternehmer blieben bei ihrer Auffassung, daß das Tarifamt keine weitergehenden Beschlüsse in Lohnfragen ohne Anhörung des Tarifausschusses fassen kann. Zum Fall Hinkel berichtete er, daß dieser Streitfall eine offene Frage für die Leipziger Gehilfenschaft geblieben sei. Ferner werden auch in der Chemigraphie beide Tarifkontrahenten die Rechtsfähigkeit zu erwerben trachten, um somit eine bessere Rechtskraft zur Durchführung ihrer Beschlüsse zu besitzen.

In der hierauf einsetzenden sehr lebhaften Diskussion ist man allgemein der Ansicht, daß es die Opposition treibenden Prinzipalen hauptsächlich darum zu tun ist, die Zulagen überhaupt zu Fall zu bringen. Denn das, was in den Kreisen 1, 4 und 5 möglich war, hätte auch in den beiden anderen Kreisen Leipzig und München durchgeführt werden können. Da nun das Demobilisationsamt erst einschreitet, wenn sämtliche Instanzen erschöpft sind, beschließt man, erst noch die Tarifausschußsitzung abzuwarten. Ein Antrag, in die passive Resistenz einzutreten, wurde mit knapper Majorität abgelehnt, dagegen offen zum Ausdruck gebracht, daß die Leipziger Gehilfenschaft nicht willens ist, in die Verschleppungstaktik der hiesigen Prinzipale einzuwilligen. Ebenso erwarten die Versammelten, daß diejenigen Kollegen, welche inzwischen in Kündigung getreten sind oder ihre Stellung bereits verlassen haben, die seit dem 3. Januar fälligen erhöhten Teuerungszulagen unverzüglich nachgezahlt erhalten. Bei dem Punkt: Ausschuß der Kollegen, welche in der Firma Hinkel seit ihrem Austritt aus der Tarifgemeinschaft stehen geblieben waren, kommt zum Ausdruck, daß die Leipziger Prinzipalität sich durchaus nicht so bewährt habe, wie sie es immer von den Gehilfen im Interesse der Tarifgemeinschaft verlangen. Es wird nicht verkannt, daß in der Firma Hinkel wohl mit die besten Löhne gezahlt wurden, auch die Arbeitsbedingungen dortselbst keine üblen waren; vielmehr hätte sich mancher Leipziger Unternehmer ein Beispiel für die Einstellung der vom Militär Entlassenen, in der Auszahlung der Teuerungszulagen usw. nehmen können. Andererseits sei aber der Wille in der Bekämpfung der Schutzkonkurrenz bei der Gehilfenschaft ein ehrlicher, da doch letzten Endes sie selbst die Auswüchse dieser schmutzigen Preisunterbietung zu spüren bekommen. Da die Firma Hinkel mit ihrem Austritt aus der Tarifgemeinschaft bequaddet hat, mit

den Anhängern derselben nichts mehr zu tun zu haben, so bestand für die dortselbst beschäftigten Kollegen keine Veranlassung, ihren übrigen Kollegen in den Rücken zu fallen. Es beantragt daher die Versammlung beim Verbandsvorstande einstimmig den Ausschuß der nachstehenden Kollegen aus dem Verbandsrat. In Betracht kommen die Kollegen Eberhard, Bileky, Winkler, Erbst, Wadwitz, R. Jahn, E. Kielau, Osw. Kinne, C. Petzold, Alfr. Wiske, E. Straßberger, R. Metzner und Hengersdorf. Dergleichen beantragt die Versammlung, die Firma zu sperren. Zum Punkt 3 verliest Kollege Friedel den Tarifausschußbeschuß, wonach bei Verkürzung der Arbeitszeit die Bekanntgabe 3 Tage vorher erfolgen muß. Hiergegen legen die Versammelten mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein, denn der § 1 Abschn. 5 besagt, daß zwischen Beginn und Anordnung einer veränderten Arbeitszeit eine Frist von 14 Tagen liegen muß. Sie ersuchen die Gehilfenvertreter des Tarifamtes, sich von nun an an die festgelegten Paragraphen des Tarifs zu halten und jede Politik zugunsten der Unternehmer zu unterlassen. Bezüglich Leistung von Überstunden bei verkürzter Arbeitszeit wird festgelegt: sämtliche Überstunden sind zu verweigern. Wird nur einem Kollegen zugemutet, solche zu machen, so hat derselbe sich mit den übrigen solidarisch zu erklären, dahingehend: daß dann für den betreffenden Tag das gesamte Personal 1 resp. 2 Stunden länger zu arbeiten hat, oder der eine muß dann am darauffolgenden Tage früher aufhören. Zum Schluß entspinnt sich eine scharfe Debatte über die Artikel der letzten »Graphischen Presse«, welche mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution endete: »Die am 3. Februar 1919 versammelten Chemigraphen Leipzigs protestieren aufs ergiebigste gegen die heutige Schreibweise der »Graph. Presse«, welche sich von derjenigen der kapitalistisch-bürgerlichen Presse gar nicht unterscheidet. Ganz zu verurteilen ist die Stimmungs-mache gegen die berechtigten Bestrebungen in der Kollegenschaft, den Arbeitslohn mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. Wenn die Herren Redakteure und Gewerkschafts-beamten ihren früheren Standpunkt von einer Kampfesorganisation im Laufe des Krieges revidiert haben, so haben sie einfach zurückzutreten und ihre Ämter anderen Kollegen zu überlassen, welche dem Geist der Zeit Rechnung zu tragen wissen. Wenn sich die Schreibweise der »Graph. Presse« nicht ändert, schreiten die Chemigraphen Leipzigs nunmehr zur Beitragsperre.«

Nachwort des Redakteurs. Die Leipziger Kollegen, die so freundlich meinen Rücktritt fördern werden es mir gewiß nicht übel nehmen, wenn ich wenigstens den Versuch einer Rechtfertigung mache. Zunächst, warum schiebt man denn gleich mit dem größten Kaliber nach dem Verbandsvorstand, warum also Beitragsperre, wenn man die Redaktion treffen will? Wenn die guten Leipziger Kollegen, die den Gewerkschaftsbeamten gegenüber so riesig radikal auftraten, nur den gleichen Energievorrat ihres Prinzipalen gegenüber aufbringen möchten. Bitte, hier sind die Tatsachen, an deren Richtigkeit keine Entlassungsandrohung etwas ändern kann.

Am 5. Dezember 1918 forderten die Berliner Chemigraphen in ihrer Versammlung einen Minimallohn von 100 Mk. und einige andere Dinge. Aber sie forderten nicht nur, sie handelten auch, d. h. reideten in verschiedenen Firmen die Kündigung ein, die Kollegen der anderen Firmen drohten nachzukommen. Darauf traten die Kreisvertreter der beiden Parteien zu Verhandlungen zusammen, das Tarifamt beschäftigte sich am 27. Dezember mit diesen Kündigungen und mit den Forderungen und es kam zu den erneuten Zulagen von 5 und 7 Mk., die seitdem in Berlin gezahlt wurden. Der Beschluß gilt aber für alle deutschen Chemigraphen-Kollegen, ihnen allen ist durch den Tarifausschußbeschuß ein Recht auf die erhöhte Teuerungszulage gegeben worden. Warum können es in Leipzig und den anderen Städten die Prinzipale wagen, ihren Gehilfen das Recht auf diese Zulage zu verweigern? Um ein Recht, das uns ein Tarifausschußbeschuß gibt, durchzusetzen, dazu muß man nicht nur in Versammlungen protestieren, das nimmt man sich einfach, denn das ungesetzliche Handeln liegt hier auf seiten der Prinzipale ganz offen zutage. (Siehe Kundgebung des Tarifamtes.)

Ich habe gegen das Vorgehen der Berliner Kollegen damals geschrieben, weil mir für das Chemigraphiegewerbe der Tarif dringend notwendig erscheint. Darum habe ich vor dem Tarifbruch gewarnt. Nachdem nun durch Tarifausschußbeschuß eine Verständigung erzielt wurde, ist dieser Beschluß unbedingt zwingendes tarifliches Recht, dessen Anerkennung Pflicht der Prinzipale, dessen Erringung Pflicht der Gehilfen ist. Die Berliner haben Lohnerhöhungen für sich gefordert, durch Verhandlungen für alle deutschen Kollegen durchgesetzt, sie zwangen die Unternehmer dazu, neues Recht, neue Leistungen zu bewilligen, indem sie hart an der Grenze des tariflich Zulässigen entlang gingen. Die Leipziger Kollegen haben die Erfolge der Berliner radikalen Tat bisher noch nicht für sich durchsetzen können, haben das tarifliche Recht, das ihnen ohne eigenes Zutun geworden, noch nicht ausgenutzt. Die Berliner haben beinahe den Tarif in Gefahr gebracht, die Leipziger aber haben ihn unbenutzt gelassen.

Und weil ihre Kraft den Prinzipalen gegenüber versagte, darum soll — der Redakteur sein Amt niederlegen.

Ist es nicht zum Lachen, wenn diese Kollegen dem Redakteur nachsagen: er hätte seinen früheren Standpunkt von einer Kampforganisation im Laufe des Krieges revidiert. Ach nein, im Laufe des Krieges, d. h. seit meiner Entlassung aus dem Lazarett im Sommer 1916, habe ich ununterbrochen gehetzt, sagen wir das Wort nur, daß Lohn-erhöhungen notwendig seien. Das habe ich solange getan, als der Auslandsmarkt infolge des Krieges restlos abgesperrt, fast jeder Preis für fertige Waren im Inlande bezahlt werden mußte und bezahlt wurde und als glänzend brauchbare Gehilfen kaum mit der Lupe zu finden waren.

Jetzt aber liegen die Dinge doch von Grund aus anders. Wo Arbeitslose mehr als jemals im Beruf vorhanden waren, kein Warenabsatz weder im In- noch im Auslande, wohl aber die Möglichkeit der ausländischen Konkurrenz, gegen die wir mit immer höher steigenden Löhnen nicht ankämpfen können. Aber niemals fiel es mir auch nur im Traum ein, das, was der Tarifratsbeschuß an Teuerungszulagen gebracht hat, als zu hoch zu bezeichnen. Unseres Wissens nach gibt es in Leipzig nicht so hohe Löhne, daß jeder Gehilfenvertreter nicht sofort den Versuch eines Prinzipals, mit unserem Artikel gegen die Gehilfenschaft zu operieren, glatt zu Boden schlagen könnte. So hatten unsere Leipziger Chemigraphenkollegen wirklich keine Ursache, sich über die sogenannte Schreibweise des Redakteurs zu erbosen.

Zum Schluß eine Frage in den Worten der Resolution: Wie muß wohl ein Redakteur schreiben, wenn er nach Meinung der Resolutionsverfasser »dem Geist der Zeit Rechnung tragen« will? Und wie muß eine Kampforganisation aussehen, wenn die Mitglieder, wie das Leipziger Chemigraphenbeispiel lehrt, nicht einmal von anderen errungene, tariflich gesicherte Rechte zu benutzen wissen? Vielleicht findet endlich einmal ein Gewerkschaftsbeamtenkursus möglichst mit praktischen Übungen in Leipzig statt. Adolf Domnick.

Die Münchener Kollegen stehen ebenfalls in einer rührigen Agitation und ist die Zahl der dortigen Mitglieder bedeutend gestiegen.

Weitere Versammlungen haben in Hamburg, Dresden, Leipzig stattgefunden. Besonders in Hamburg ist die Agitation im Wachsen.

Die Verhältnisse in Berlin lassen zur Zeit noch kein abschließendes Urteil zu, da in verschiedenen großen Firmen Lohnbewegungen eingeleitet sind und erst Verhandlungen stattfinden. Leider sind bisher mit der Innung Verhandlungen noch nicht zustande gekommen. Daß sich diese noch bei der großen Zahl der Organisierten länger ablehnend verhalten kann, möchten wir bezweifeln.

In der Kinobranche, in der sich in der letzten Zeit eine besondere Kino-Arbeiter-Organisation gegründet hatte, dürfte bald durch die nächste Vorstandskonferenz eine Entscheidung über die Organisationsform fallen, da Verhandlungen hierüber im Gange sind.

Die Zahl der Arbeitslosen ist leider im Laufe der letzten Wochen noch bedeutend gestiegen und müssen wir unbedingt auch von den Porträtphotographen viel intensiver die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer fördern. Leider ist aber auch eine große Anzahl früherer selbständiger Photographen, deren Existenz durch den Krieg vernichtet wurde, heute arbeitslos und gerade diese sind es, die das Heer der Arbeitslosen vergrößern, denen gegenüber aber keinerlei Verpflichtung bisher bestand oder jetzt besteht, sie einzustellen. — Also ist es hieraus ersichtlich, daß selbst die Kleinmeister, soweit sie eingezogen waren und Ersatzkräfte nicht finden konnten, oder die an sich eine schwache Existenz hatten, durch den Krieg kolossal gelitten haben.

Was hat hierzu bis jetzt der Zentralverband der Deutschen Photographenvereine getan? wh.

Graphische Technik.

Schreib-, Zeichen-, und Malgeräte für Kriegsbeschädigte.

I. (Nachdruck verboten.)

Eins der größten und schwierigsten Probleme, die der Weltkrieg mit sich gebracht hat, besteht in der Fürsorge für diejenigen Kriegsverletzten, die den Verlust einer Hand oder eines Armes oder Beschädigungen an diesen Gliedern erlitten haben. Eine derartige Verletzung trifft nicht nur den Handwerker oder Handarbeiter, sondern ebenso sehr auch den Angehörigen jeden anderen Berufs. Denn in jeder Berufstätigkeit, gleichviel welcher Art, auch in derjenigen der Kopf- und Geistesarbeiter, nehmen handliche Funktionen, wenn zumeist auch nur solche leichter und feinerer Natur, immer einen breiten Raum ein, Funktionen, für die eine gesunde und unbehinderte Hand ebenso unentbehrlich ist wie für die Werttätigkeit des Handwerkers oder Arbeiters. In besonderem Maße gilt das für die Angehörigen derjenigen Berufe, die auf der Tätigkeit des Schreibens, Zeichnens Malens und ähnlichen Funktionen graphischer Feinarbeit beruhen. Ein Angehöriger eines dieser Berufe, der infolge einer solchen wie der erwähnten Beschädigung die Fähigkeit zur Führung oder Anwendung des Schreib-, Zeichen- oder Malgerätes eingebüßt hat, sieht sich dadurch in den weitaus meisten Fällen vor die Unmöglichkeit gestellt, seinen Beruf weiter ausüben zu können. Damit ist für viele Tausende von Angehörigen solcher wie der genannten Berufe die Frage, ob und auf welche Weise sie trotz der erlittenen Verletzung in den Stand gesetzt werden können, ihre Berufstätigkeit auszuüben, heute die wichtigste Lebens- und Existenzfrage und zugleich eine der wichtigsten Aufgaben der Kriegsfürsorge geworden. Für den kriegsverletzten Handwerker oder Industriearbeiter, der den Verlust einer Hand oder eines Armes zu beklagen hat, ist das Problem der Wiederherstellung und Wiederbefähigung zur beruflichen Arbeit bis zu einem gewissen Grade gelöst worden, denn ärztliche und technische Kunst haben in gemeinsamer Arbeit für solche Kriegsverletzte künstliche Arbeitsarme geschaffen, die sich in hohem Maße als geeignet erweisen, als Ersatz für das verlorene natürliche Organ für die Zwecke der gewerblichen Arbeit zu dienen und die dem Ge-

braucher eines solchen Kunstgliedes die verlorene Arbeits- und Leistungsfähigkeit bis zu einem gewissen Grade, oftmals sogar völlig wiedergeben, sodaß für diese Berufsklassen das Problem des Handersatzes innerhalb gewisser Grenzen als gelöst bezeichnet werden kann, wenn freilich auch auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun übrig bleiben wird. Ungleich mehr und größere Schwierigkeiten dagegen bot das Problem des Hand- oder Armersatzes für die Angehörigen der zahlreichen und verschiedenartigen Berufsklassen der Kopf-arbeiter und der schreibenden, zeichnenden und malenden Berufstätigkeit. Es gibt heute zwar auch bereits Kunsthande, vermittels deren auch zahlreiche feinere und leichtere handliche Funktionen berufliche wie allgemeiner Art ausgeübt werden können und die sich gleichfalls für viele Hand- oder Armampulierten als ganz hervorragende und sehr wertvolle und leistungsfähige Hilfsmittel erwiesen haben. Aber gerade für die Funktionen des Schreibens, Zeichnens, Malens usw., versagen diese Kunstglieder. Denn diese Tätigkeiten sind so außerordentlich feine und subtile Funktionen und verlangen eine so vollkommene Beherrschung des Schreibenden Organs durch den Willen und auch die leiseste Willensregung, daß sie selbst mit dem feinsten und scharfsinnigsten Kunstglied immer nur unbeholfen und unvollkommen ausgeübt werden können. Nach allen Erfahrungen ist ein derartiges Ersatzglied also nicht in der Lage, für solche Tätigkeiten die Hand wirklich zu ersetzen.

Die Lösung des Problems, den hand- oder armverletzten Kriegsbeschädigten die Möglichkeit, zu schreiben, zeichnen, malen und zur Ausführung ähnlicher Funktionen handlicher graphischer Tätigkeit wiederzugeben, mußte sich daher in anderer Richtung bewegen. Diese bestand und besteht noch darin, den Verletzten im Falle des Verlustes des rechten Armes anzulernen, jene Funktionen mit der linken Hand auszuüben, im Falle der Beschädigung der Hand hingegen, etwa bei Verlust eines oder einiger Finger oder einer sonstigen Verstümmelung, das verletzte Organ so weit zu bringen, daß es trotz der Beschädigung nach wie vor zur Ausübung jener Funktionen zu dienen vermag. In diesem wie in jenem Falle wurde die Lösung des Problems wesentlich erleichtert und gefördert durch die Schaffung besonderer Schreib-, Zeichen- und Maleräte für Kriegsverletzte und der Art, wie der Verletzte weiterhin jene Funktion ausüben soll, angepaßt sind.

Betrachten wir zunächst den Fall des Verlustes des rechten Armes oder der rechten Hand, in welchem Falle der Verletzte also auf die ihm verbliebene Linke zur Ausübung der graphischen Tätigkeit, sei es Zeichnen, Malen oder Schreiben, angewiesen ist. Die Erfahrung lehrt, daß die Ausübung dieser Tätigkeiten mit der linken Hand ebenso vollkommener Weise wie mit der rechten Hand erlernt werden kann und in vielen Fällen auch erlernt worden ist. Abgesehen davon, daß es unter den Gesunden schon viele Linkshänder gibt, die, obwohl im Besitz beider Hände, sich doch vorzugsweise der linken Hand bei allen handlichen Funktionen bedienen und mit dieser auch geüßig schreiben, zeichnen oder malen, haben in wohl allen Fällen Personen, die durch einen Zufall die rechte Hand verloren haben, schreiben oder zeichnen mit der linken Hand ohne wesentliche Schwierigkeiten und zumeist ebenso gut und geüßig wie mit der rechten Hand erlernt. Die ärztliche Wissenschaft hat nachgewiesen und betont es immer wieder, daß die vorzugsweise Anwendung der rechten Hand im wesentlichen eine Gewohnheit ist und die linke Hand bezw. der linke Arm bei ebensolcher Übung und Ausbildung, wie wir sie der rechten Hand zuwenden, in der Lage ist, genau dasselbe wie jene zu leisten. Physiologisch also ist die Vernachlässigung bezw. die so wesentlich geringere Ausbildung und Leistung der linken Hand nicht begründet.

Briefkasten der Redaktion. R. R. Hermsdorfstädt. Alle Glasplatten werden erst vom Format 10x15 ab benutzt und wieder aufgekauft. Von der Graphischen Rundschau werden vollständige Jahrgänge häufiger verlangt; Einzelnummern wohl kaum. »Graphische Pressen« des letzten Jahrzehnts haben bisher noch nicht gefehlt.

Photogr. Mitarbeiter.

Auch bei den Photographen geht es vorwärts.

In zahlreichen Städten Deutschlands haben in den letzten Wochen Versammlungen der Photographen-Gehilfen und -Gehilfinnen stattgefunden, die sich mit der gegenwärtigen Lage unseres Berufes beschäftigten. In Breslau waren nicht weniger wie 22 Personen erschienen und sind 50 sofort dem Verbands begetreten. In der Versammlung in Breslau kamen dann auch die verschiedensten Vorgänge zur Sprache und es zeigte sich, daß die Gehilfenschaft sich endlich aufrufft, auch Ordnung in den Beruf hineinzubringen. Verschiedene in der Versammlung anwesende Prinzipale meldeten sich leider nicht zum Wort. Inzwischen ist die Agitationsarbeit dort stärker in Angriff genommen worden und kann man für die nächste Zukunft das beste erwarten.

In gleicher Weise wie in Breslau hatten sich auch die Kieler Kollegen zusammengefunden. Dort wurde von dem Hilfsenausschuß der Innung eine Vorlage ausgearbeitet und von der Versammlung angenommen, die entsprechende Lohnsätze fordert und auch die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer verlangt, sodaß die Arbeitslosen, die am Platze sind, untergebracht werden können. Auch hier wird die Organisation in der möglichsten Weise die Kollegschaft unterstützen und wird hoffentlich bei den Prinzipalen das entsprechende Verständnis vorhanden sein.

Ebenso war in Königsberg i. Pr. eine größere Anzahl Kollegen und Kolleginnen zu einer Versammlung zusammengekommen, um die Berufsfragen einer Prüfung zu unterziehen. Mit Hilfe unseres Verbandes soll auch hier versucht werden, eine Regelung der Verhältnisse nach und nach herbeizuführen.

Verschiedenes
Kl. Kupferdruck-Handpresse, gebräuchl. oder neu, zu kaufen gesucht. A. Bernhard, Schlußsee (Baden).
Roulett., Fadenstichel
Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. Köppl, Berlin 80, Nauynstraße 69.

Kautabak, 100 Stk., reine Ware, Stange 1,10 Mk., von 50 Stangen an abzugeben. Nachnahme teuer. Rollen 1,20 Mk.
Haushaltungsbuch und Wirtschaftskalender. Prakt. Buchführung für jede Hausfrau. Stück 2,20 Mk., bei Abnahme von 10 Stück 1,70 Mk.
Dauerbrennlampe, 120 Std., 60 Sd., 120 Sd., u. 30 Std. Brenndauer, zum Ein- und Ausschalten. Stück 19,50, 14,- und 9,- Mk.
P. Fricke, Neukölln-Berlin, Allersstr. 15.
INSERATE
sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdrückende Farben u. Papiere.
„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.
„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.
empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,05 Mk. Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig.